

13.01.2009

Klausur der Fraktion DIE LINKE
Beschluss zu Bildungspolitik

Bessere Bildung für alle!

DIE LINKE tritt als einzige politische Kraft im Bundestag und in den Länderparlamenten glaubwürdig und konsequent für die Durchsetzung des Rechts auf Bildung für alle ein. Wir wollen Kindern und Jugendlichen gute Bildung ermöglichen unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft sowie unabhängig vom Geschlecht oder einer Behinderung. Erste wichtige Schritte haben wir in einem 6-Punkte-Plan für eine bessere Bildung für alle aufgestellt:

DIE LINKE will die soziale Auslese im deutschen Bildungswesen stoppen. Im Land Berlin gehen wir als Regierungspartei erste Schritte auf dem Weg zu einer Schule für alle Kinder und Jugendlichen. Unser Ziel ist die bundesweite Abschaffung des gegliederten Schulsystems. Wir wollen die Gemeinschaftsschule, in der alle Kinder und Jugendlichen gemeinsam lernen und in der es Raum für individuelle Förderung gibt.

DIE LINKE fordert mehr Geld für die Bildung. Wir haben als einzige politische Kraft Forderungen zu einer grundlegenden Umgestaltung der Steuer- und Finanzpolitik mit dem Ziel einer besseren Finanzierung öffentlicher Aufgaben vorgelegt. Durch die Einführung der von uns vorgeschlagenen Vermögenssteuer, einer umfassenden Erbschaftssteuer oder einer Börsenumsatzsteuer könnten die Unterfinanzierung von Kitas, Schulen und Hochschulen und die Finanzlücken in Aus- und Weiterbildung endlich aufhören. Wir sprechen uns darüber hinaus im Rahmen eines Bildungspaktes für verbindliche Bildungsausgaben aus. Bund und Länder sollen einen Anteil am Bruttoinlandsprodukt von mindestens 7 Prozent im Zuge der Föderalismusreform II vereinbaren. In einem öffentlichen Konjunkturprogramm zur Abfederung der Finanzkrise muss zudem auch der Ausbau bildungspolitischer Infrastruktur aufgenommen werden.

DIE LINKE steht für die Unentgeltlichkeit der Bildung. Wir wenden uns gegen Gebühren jeglicher Form - von der Kita bis zur Weiterbildung. Das bedeutet: Das Studium muss gebührenfrei bleiben bzw. werden und auch Gebühren für Ausbildung oder Kita-Betreuung müssen Geschichte werden. An den Schulen wollen wir eine umfassende Lern- und Lehrmittelfreiheit durchsetzen.

DIE LINKE will die Kleinstaaterei im Bildungswesen überwinden. Denn bessere Bildung heißt für uns mehr gesamtstaatliche Verantwortung mit einer neuen Gemeinschaftsaufgabe „Bildungsfinanzierung“. DIE LINKE betrachtet Bildung als ein öffentliches Gut und wehrt sich auf allen Ebenen gegen zunehmende Versuche, Bildung zu privatisieren.

DIE LINKE will bessere Arbeits-, Aus- und Weiterbildungsbedingungen für Pädagoginnen und Pädagogen. Auf Bundesebene fordern wir ein Sofortprogramm zur Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrer und Erzieherinnen und Erzieher gegen den drohenden Lehrkraft- und ErzieherInnenmangel. Damit wollen wir auch die Qualität von Schul- und frühkindlicher Bildung verbessern.

DIE LINKE will ein grundlegendes Umsteuern in der Aus- und Weiterbildung. In der Ausbildung muss die Bundesregierung endlich Verantwortung der Unternehmen einfordern. Hierzu setzen wir uns für eine Umlagefinanzierung als generelle Abgabe ein. Mit deren Hilfen könnten nicht nur mehr, sondern vor allem auch bessere Ausbildungsplätze finanziert werden. In der Weiterbildung fordern wir die Einführung eines bundesweiten Weiterbildungsgesetzes.

Bessere Bildung für alle – auch in Hessen!

Auch in Hessen müssen endlich die Weichen für soziale, solidarische und gerechte Bildung gestellt werden. Die Regierungszeit von Roland Koch steht exemplarisch für einen unsozialen und ungerechten Bildungskurs und massiven Bildungsabbau für einen großen Teil der Bevölkerung.

Verliererinnen und Verlierer seiner Regierungszeit sind viele hessische Schülerinnen und Schüler, Studierende, Auszubildende, Pädagoginnen und Pädagogen sowie Erzieherinnen und Erzieher. Auf sein Konto gehen im bildungspolitischen Bereich unter anderem ein dequalifizierendes Quereinsteigermodell für den Lehrerberuf, faktische Gehaltskürzungen für Lehrerinnen und Lehrer, die Schulzeitverkürzung „G8“, die Einführung von Studiengebühren, Entdemokratisierung in allen Bildungsbereichen und die Privatisierung der Universitätskliniken in Marburg und Gießen.

DIE LINKE setzt dieser Politik Widerstand entgegen:

Es ist Zeit für eine neue Schule - sozial, solidarisch und gerecht!

DIE LINKE will die Schulzeitverkürzung „G8“ rückgängig machen und steht für die Neueinstellung von Lehrerinnen und Lehrern. Mit den Stimmen DER LINKEN wurde die 'Unterrichtsgarantie Plus' in Hessen Geschichte. Alle hessischen Schülerinnen und Schüler haben das Recht auf einen qualifizierten und verlässlichen Unterricht. Dazu muss die Personaldecke plus einer zehnpromzentigen, qualifizierten Vertretungsreserve verbindlich und bedarfsgerecht finanziert werden. Anstelle des gegliederten Schulsystems wollen wir Gemeinschaftsschulen, in denen alle Kinder und Jugendlichen gemeinsam lernen und in denen endlich Raum für individuelle Förderung ist. Die soziale Herkunft darf nicht über den Bildungserfolg entscheiden.

Studieren – ohne Gebühren und mit mehr Demokratie!

Tausende Studierende haben in den letzten Jahren an den Hochschulen und auf der Straße gegen Studiengebühren protestiert. Dieser Kampf hatte Erfolg. Mit den Stimmen der LINKEN hat der Hessische Landtag zu diesem Wintersemester die Studiengebühren abgeschafft. Die erfreuliche Folge sind Rekordzahlen bei den Neueinschreibungen an den Hochschulen. Diesen Weg werden wir weiter gehen. DIE LINKE bleibt bei ihrem konsequenten Nein zu Studiengebühren – gleich, ob es allgemeine Gebühren, Langzeit-, Zweit- oder Verwaltungsgebühren sind.

Studierende sind keine Kundinnen und Kunden an den Hochschulen, sondern gleichberechtigte Mitglieder. Das nun gebührenfreie Studium in Hessen hat dieses Verständnis gestärkt. Entsprechend wollen wir den Umbau der Hochschulen und zunehmend auch Schulen zu Quasi-Unternehmen mit zentralen Leitungsgremien und externen Aufsichtsräten zurückdrehen. Über die Angelegenheiten der Hochschule müssen ihre Mitglieder in einem demokratischen Prozess entscheiden. Beteiligungsquoten an Wahlen zur Verfassten Studierendenschaft gehören abgeschafft.

Bildungsprivatisierung stoppen!

DIE LINKE setzt sich gegen Privatisierungen in der Bildung zur Wehr. Zum Beispiel gegen das verkaufte Abitur in Hessen. In einer Nacht- und Nebelaktion wurden im Auftrag der Landesregierung Prüfungsaufgaben zur Vorbereitung auf das Abitur aus dem Netz genommen und an einen privaten Verlag weitergegeben. Dieser publiziert jetzt entsprechende Lernmaterialien, die von den Schülerinnen und Schülern zur Vorbereitung ihrer Abiturprüfung teuer gekauft werden müssen.

Ein zweites Beispiel sind die im Eilverfahren privatisierten Universitätskliniken in Gießen und Marburg. Für die Beschäftigten ergeben sich schlechtere Arbeitsbedingungen und für die Patientinnen und Patienten weniger Qualität. Dies ist keine Politik im Sinne der Menschen. DIE LINKE setzt sich daher für den Rückkauf der Kliniken ein.

Bessere Bildung für alle – wir kämpfen in den Parlamenten und auf der Straße!

Diese und andere Forderungen zur Durchsetzung des Rechts auf Bildung können nur durch gemeinsame Aktivitäten in den Parlamenten und auf der Straße erreicht werden. Deshalb wollen wir an den erfolgreichen bundesweiten Schulstreik im November 2008 anknüpfen. Wir rufen alle Schülerinnen und Schüler, Auszubildenden, Studierenden, Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen und Beschäftigte der Wissenschaftseinrichtungen dazu auf, sich mit uns gemeinsam gegen Bildungsabbau und bloße Ankündigungspolitik zu wehren und für eine bessere Bildung für alle zu kämpfen!